

Berlin-Lichterfelde: FDP will Kranoldmarkt ausweiten



Die Ferdinandstraße und der Südrand des Kranoldplatzes könnten als Ersatzstandorte für den Ferdinandmarkt dienen.

Die FDP-Fraktion in der Steglitz-Zehlendorfer Bezirksverordnetenversammlung (BVV) fordert das Bezirksamt auf, zu prüfen, wie der Kranoldmarkt ausgeweitet werden kann und welche Flächen sich in unmittelbarer Nähe zum Kranoldplatz dafür eignen. Einen entsprechenden Antrag hat sie auf den parlamentarischen Weg gebracht.

Hintergrund der Forderung ist das Aus für den benachbarten Ferdinandmarkt. Nach einem Eigentümerwechsel wurde den Betreibern der Marktstände unter dem Glasdach im Gebäudekomplex Ferdinandstraße 31-35 am Kranoldplatz zum 30. September gekündigt. Dagegen richtet sich zunehmend Protest von Anwohnern und Vertretern verschiedener politischer Parteien. „Die Stände sind seit Jahren Teil des attraktiven Markts auf dem Kranoldplatz. Um den lebendigen Kiez zu erhalten, ist es erforderlich, sehr schnell eine Lösung für die Betreiber zu finden“, unterstreicht die FDP-Fraktionsvorsitzende Mathia Specht-Habbel.

Als Ersatzflächen für die Stände des Ferdinandmarktes könnten beispielsweise die Straßenflächen und/oder der Bürgersteig der Ferdinandstraße, die Straße am Südrand des Platzes, der Beginn des Oberhofer Weges und die Brauerstraße infrage kommen. Dass die vom Eigentümer HGHI geplanten Filialistenangebote am Kranoldmarkt die richtigen Impulse setzen, sei zu bezweifeln.

Linke wirft HGHI Profitgier vor

„Aus Profitgier – denn mit Büroräumen und Großmärkten sei mehr Geld abzuschöpfen – zerstört der Immobilienkonzern HGHI den Kranoldkiez in Lichterfelde Ost“, kommentierte Franziska Brychoy, die Vorsitzende der Linken in Steglitz-Zehlendorf, die Schließung des privat betriebenen Wochenmarktes. „Nun soll der stets gut besuchte Ferdinandmarkt, der hier vor Ort auch zentraler, sozialer Treffpunkt ist, den Umbauplänen der HGHI weichen. So werden aus reinem Verwertungsinteresse gewachsene und bisher gut funktionierende Gewerbe- und lokale soziale Strukturen zerstört.“

Das von der schwarz-grünen Zählgemeinschaft geplante Standortentwicklungskonzept, das innerhalb der nächsten drei Jahre erarbeitet werden soll, werde der „aggressiven Ankauf- und Entmietungsstrategie“ der Immobilienbesitzer kaum etwas entgegenzusetzen.